

**Stellungnahme von ARD-aktuell zu dem Schreiben von**  
**Herrn Friedhelm Klinkhammer**  
**vom 22.04.2015**  
**zur**  
**Ukraine-Berichterstattung**

Den Sachverhalt, der der Programm Beschwerde von Herrn Klinkhammer vom 22.4.2015 zu Grunde liegt, haben wir überprüft. Wir weisen die in der Programm Beschwerde gemachten Vorhaltungen allerdings genauso zurück, wie die Kritik, bei ARD-aktuell würden sich Unzulänglichkeiten häufen, „die bis hin zu Verstößen gegen den NDR-Staatsvertrag reichen“.

So kritisiert Herr Klinkhammer, dass ARD-aktuell relevante Informationen bezüglich der amerikanischen Militärausbilder in der Ukraine vorenthalten würde. Hierzu ist anzumerken, dass jeweils die aktuelle Nachrichtenlage die Gestaltung unserer Sendungen bestimmt. Wir versichern, dass wir uns tagtäglich bemühen, möglichst umfassend über das Weltgeschehen zu berichten. Bei der Auswahl der Themen orientieren sich die Redaktionen an journalistischen Nachrichtenkriterien.

Am 14.04.2015 trafen laut übereinstimmenden Agenturmeldungen die ersten von etwa 300 US-Soldaten im west-ukrainischen Lwiw nahe der polnischen Grenze ein, um ukrainische Soldaten auszubilden. Diese Militärmission war schon im Jahr zuvor beschlossen worden und auch bekannt. *Bereits im Februar 2015 hatte auch die britische Regierung angekündigt, im März 2015 Militärausbilder in die Ukraine zu entsenden*, über dieses Ereignis haben wir auf tagesschau.de berichtet:

<http://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio-11765.html>

Es kann also überhaupt gar keine Rede davon sein, dass ARD-aktuell den Zuschauerinnen und Zuschauern relevante Informationen vorenthält.

Ferner gab es schon lange vor dem aktuellen Konflikt, spätestens seit 2012 auf NATO-Ebene zahlreiche Ausbildungsprogramme für ukrainisches Militär durch NATO-Mitgliedsstaaten, im Rahmen des Defence Education Enhancement Programme (DEEP). Die Nachricht, dass NATO-Mitglieder ukrainisches Militärpersonal ausbilden und trainieren, war also keine Neuigkeit. Deswegen haben wir in der „Tagesschau“ am 14.04.2015 nicht darüber berichtet. Zumal an diesem Tag andere, aus Sicht der Redaktion wichtigere Themen, die Sendung bestimmten: z.B. das G7-Außenministertreffen in Lübeck, die Diskussion über die Zuwanderung nach Deutschland oder die Verhandlung über das umstrittene Betreuungsgeld beim Bundesverfassungsgericht.

Dass die Ausbildung ukrainischer Soldaten durch NATO-Mitglieder dem Minsk-II-Abkommen widerspricht, behauptet zwar die russische Seite. Andererseits ist diese Ausbildungsmission seit langem beschlossen und findet auf Wunsch der Kiewer Regierung statt. Zudem sollen die westlichen Militärausbilder unbewaffnet sein und fern des Kampfgebiets eingesetzt werden. Ein Verstoß des Minsker Abkommens ist nicht erkennbar.

Im zweiten Teil seiner Programm Beschwerde wirft Herr Klinkhammer unserer „Tagesthemen“-Moderatorin Pinar Atalay eine „propagandistische Moderation“ in der Sendung vom 19.04.2015 vor. Diesen Vorwurf weisen wir zurück. Frau Atalay moderierte sachlich neutral: „In der vergangenen Woche kamen zwei pro-russische Männer in der ukrainischen Hauptstadt Kiew ums Leben: Der eine – ein Journalist – wurde am helllichten Tage vor seinem Haus erschossen. Der andere – ein Ex-Abgeordneter der Partei des früheren Präsidenten Janukowitsch – wurde tot in seinem Haus gefunden.“ Die polizei- und staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen über die Umstände und

Hintergründe waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgeklärt, dies spiegelt sich in der Formulierung des Moderationstextes. Im Fall Nemzow ist ARD-aktuell - entgegen der Annahme von Herrn Klinkhammer - übrigens ähnlich verfahren. Die Meldung in der „Tagesschau“ um 20 Uhr lautete am 28.02.2015: „Der namhafte Kreml-Kritiker Boris Nemzow ist in der vergangenen Nacht in Moskau getötet worden. Unbekannte erschossen den Oppositionspolitiker auf einer Brücke im Zentrum der Stadt.“

Schließlich kritisiert Herr Klinkhammer, dass wir Oles Busina als „pro-russisch“ bezeichnen. Busina war über seine Tätigkeit als Journalist und Publizist hinaus auch politisch aktiv: So war er u.a. bei der Parlamentswahl 2014 als Kandidat der Partei „Russischer Block“ angetreten und galt zudem als Gegner der Maidan-Bewegung. Ihn lediglich als „kritischen Journalisten“ zu bezeichnen, was wir ja auch getan haben, greift aber nach unserer Auffassung zu kurz. Um unseren Zuschauern besser verständlich zu machen, wie Busina sich politisch positioniert hat, haben wir ihn auch als „pro-russisch“ bezeichnet - wie übrigens zahlreiche Nachrichtenagenturen und Zeitungen auch.



A handwritten signature in black ink, appearing to read 'K. Gniffke', is written above the typed name.

Dr. Kai Gniffke

07.05.2015